

BUCHBESPRECHUNGEN

- Palmer, Glenn / Morgan, T. Clifton: *A Theory of Foreign Policy*.
(Frank A. Stengel) 362
- Schwanitz, Wolfgang G. (ed.): *Germany and the Middle East 1871-1945*.
(Ulrich van der Heyden) 364
- Chasek, Pamela S. / Downie, David L. / Brown, Janet Welsh: *Handbuch Globale Umweltpolitik. Mit einem Vorwort von Sigmar Gabriel*.
(Udo E. Simonis) 366
- Bellers, Jürgen: *Recht für Sozialwissenschaftler*.
(Markus Porsche-Ludwig) 368
- Ottmann, Henning: *Geschichte des politischen Denkens. Bd.3/1: Die Neuzeit. Von Machiavelli bis zu den großen Revolutionen*.
(Holger Zapf) 370
- Reese-Schäfer, Walter: *Klassiker der politischen Ideengeschichte. von Platon bis Marx*.
(Holger Zapf) 371
- Ladenthin, Volker (Hg.): *Philosophie der Bildung. Eine Zeitreise von den Vorsokratikern bis zur Postmoderne*.
(Lars Schuster) 372
- Spitzer, Manfred: *Vorsicht Bildschirm! Elektronische Medien, Gehirnentwicklung, Gesundheit und Gesellschaft*.
(Lars Schuster) 374

Glenn PALMER / T. Clifton MORGAN: *A Theory of Foreign Policy*. Princeton NJ 2006. Princeton University Press, 215 S., brosch., 35 US\$.

Die Frage, warum Staaten welche Außenpolitiken verfolgen, ist eine der zentralen Fragen der Disziplin Internationale Beziehungen

gen (IB). Trotz zahlreicher und anhaltender Versuche, erklärende Faktoren zu identifizieren, steht eine Antwort auf diese Frage nach wie vor aus. Nach Ansicht einiger IB-Theoretiker liegt die Ursache hierfür darin, dass es schlicht keine allgemein für jeden Staat zu jeder Zeit gültigen Bestimmungsfaktoren gebe. Vor allem Vertreter der historischen Soziologie ziehen die zeitliche und räumliche Generalisierbarkeit sozialer Fakten und Prozesse – und damit die Möglichkeit genereller Theorien – in Zweifel, da soziales Handeln stets vom jeweiligen, sich historisch wandelnden Kontext abhänge.

Im Gegensatz dazu hält ein großer Teil der IB-Forschung nach wie vor am Projekt einer generellen Theorie fest. Ein aktuelles Beispiel hierfür sind Glenn Palmer, außerordentlicher Professor für Politikwissenschaft an der Pennsylvania State University, und T. Clifton Morgan, Professor für Politikwissenschaft an der Rice University, die in ihrem Buch *A Theory of Foreign Policy* eine generelle, handlungsbasierte Außenpolitiktheorie entwickeln. Ihr Ziel ist es hierbei, nicht nur Aussagen über breite Tendenzen außenpolitischen Verhaltens zu ermöglichen, sondern ebenso zu einen Verständnis spezifischer Einzelentscheidungen beizutragen. Außerdem soll sie einen Einblick geben, wieso bestimmte Maßnahmen zur Erreichung eines politischen Ziels anderen vorgezogen werden, also die Frage nach dem Zusammenhang zwischen verschiedenen Einzelpolitiken (etwa zwischen Entwicklungshilfe und der Initialisierung von Kampfhandlungen) beantworten. Grundsätzlich soll die Theorie nicht nur Erklärungen, sondern auch Voraussagen liefern können. Dies sind hohe Ansprüche an eine Theorie, und Palmer und Morgan entwickeln sie dementsprechend sorgfältig.

Im Anschluss an eine knappe Einleitung diskutieren Palmer und Morgan, was die Theorie leisten soll, und stellen ihre Grundannahmen vor. Ausgangspunkt ist die Annahme, dass Politik sich um Sachfragen dreht: »The essence of politics is the struggle among political actors to achieve favorable

outcomes on issues« (19). Palmer und Morgan entwickeln ihr Modell in expliziter Anlehnung an den und Abgrenzung vom Neorealismus. Dementsprechend verwundert es wenig, dass auch sie als Hauptakteure der internationalen Politik rationale, einheitlich handelnde Staaten annehmen. In ihrer Kernannahme weichen Palmer und Morgan jedoch schon von ihren neorealistischen Wurzeln ab. Ihrer Ansicht nach streben Staaten nämlich nicht einfach nach Sicherheit, sondern verfolgen mit ihrer Außenpolitik zwei grundsätzliche Ziele: Wandel und Aufrechterhaltung. Dementsprechend bezeichnen sie ihre Theorie als die »Two-Good Theory« (7), zu Deutsch Zweigütertheorie. Wohlgeremt suchen alle Staaten zu jeder Zeit Wandel *und* Aufrechterhaltung, jeweils abhängig von einzelnen Sachfragen. Jeder Staat wird nämlich in bestimmten Bereichen mit dem Status Quo zufrieden sein, in anderen aber ein anderes Ergebnis bevorzugen und dementsprechend seine (begrenzten) Ressourcen so auf die verschiedenen möglichen Einzelmäßignahmen verteilen, dass ihm der größtmögliche Nutzen entsteht. Folglich kann die Außenpolitik eines Staates am besten als Bündel, oder Portfolio, verschiedener Einzelpolitiken verstanden werden. Weiter gehen Palmer und Morgan davon aus, dass Staaten mit mehr Ressourcen (*ceteris paribus*) mehr Möglichkeiten haben, ihre Außenpolitischen Ziele zu verfolgen, als Staaten mit weniger Ressourcen. D.h., nehmen die Ressourcen eines Staates zu, so wachsen seine Fähigkeiten, Wandel *und* Aufrechterhaltung zu verfolgen. Allerdings wächst nach Palmer und Morgan mit einer Zunahme an Ressourcen die Fähigkeit, Wandel herbeizuführen, in einer ansteigenden Rate, während jene, den Status quo zu erhalten, nur abnehmend steigt. Dem zugrunde liegt die Auffassung, dass es generell leichter ist, den Status quo zu verteidigen, als ihn zu ändern. Außerdem wird ein Staat dann erst unliebsame Aspekte des Status quo zu verändern suchen, wenn die Erhaltung erwünschter Aspekte sichergestellt ist. Einem Staat, der so stark ist, dass ein anderer gegen seinen Widerstand nur schwerlich den Status quo ändern kann, wird ein weiterer Machtzuwachs in Bezug auf Erhaltung kaum einen spürbaren Vorteil bringen. Allerdings kann er, da

der Status quo für ihn weitgehend sichergestellt ist, mehr Ressourcen für die Verfolgung von Wandel einsetzen als ein schwächerer Staat. Daraus folgt für Palmer und Morgan, dass starke Staaten im Vergleich mehr außenpolitischen Wandel verfolgen werden, schwache Staaten eher Kontinuität. Im Anschluss an die Darstellung der Grundannahmen bilden die Autoren Hypothesen, um das Modell systematischen Tests unterziehen zu können. Hierbei stehen zwei Fragen im Vordergrund: erstens die nach der Auswirkung eines Ressourcenzuwachses auf die Außenpolitik eines Staates und zweitens die nach dem Zusammenhang zwischen verschiedenen (möglichlicherweise substituierbaren, also dasselbe Ziel verfolgenden) Einzelpolitiken. Besondere Aufmerksamkeit widmen die Autoren dem Zusammenhang zwischen Allianzbildung und anderen Politiken. Generell nehmen die Autoren an, dass die Wahl zwischen verschiedenen Politiken, die dasselbe Ziel (Wandel oder Erhaltung) verfolgen, nach Effizienz getroffen wird.

Um die Anwendbarkeit der Theorie zu demonstrieren, diskutieren Palmer und Morgan im dritten Kapitel ausführlich die US-amerikanische Außenpolitik seit 1945 aus dem Blickwinkel der Zweigütertheorie und wenden sie im vierten Abschnitt zudem auf drei weitere Fallbeispiele an: auf den Vertrag von Brest-Litowsk zwischen Russland und Deutschland 1918, Neuseelands Weigerung Mitte der 1980er Jahre, US-Kriegsschiffe in neuseeländische Häfen einzulaufen zu lassen, sowie die chinesische Außenpolitik seit 1949. Im Anschluss daran formulieren die Autoren die Theorie als mathematisches Modell und unterziehen sie anhand der Beispiele Konfliktinitiation/-erwiderung, Entwicklungshilfe und Verteidigungsausgaben systematischen statistischen Tests. Um zu zeigen, dass die Theorie auch für eine eingehende Analyse eines spezifischen Bereichs von Außenpolitik geeignet ist, untersuchen Palmer und Morgan im nächsten Abschnitt die Frage nach der Beziehung zwischen verschiedenen Einzelpolitiken innerhalb des Portfolios eines Staats. Hierzu konzentrieren sie sich auf das Beispiel Allianzbildung und analysieren mittels statistischer Verfahren deren Auswirkung auf andere Außenpolitiken. Des

Weiteren diskutieren die Autoren die Auswirkung von Allianzen anhand der Suez-Krise von 1956.

Insgesamt haben Palmer und Morgan ein lesenswertes Buch geschrieben, das sich insbesondere durch theoretische Innovation und (aus positivistischer Sicht) rigorose Methodik auszeichnet. Ihr Modell entwickelt trotz seiner Schlankheit eine erstaunlich hohe Erklärungskraft, wie die statistischen Tests belegen. Gerade im Vergleich mit dem Neorealismus bietet es einige erhebliche Vorteile. Zwar betrachtet auch die Zweigütertheorie Staaten als »black boxes«, allerdings ist dies hier nicht dem unterstellten Einfluss systemischer Faktoren, sondern lediglich dem Anspruch der Schlankheit geschuldet. So kann das Modell, wo nötig, durch vorgelagerte innerstaatliche Präferenzbildungsprozesse ergänzt werden. Ein weiterer Vorteil des Modells ist, dass es den Einbezug von *Trade-offs* zwischen verschiedenen Gütern in eine Analyse ermöglicht. Gerade in Bezug auf Allianzen – sonst zentrales Spielfeld neorealistischer Ansätze – liefert das Buch interessante neue Einblicke, die es (aufgrund seines hohen Abstraktionsgrads allerdings in erster Linie für fortgeschrittene Studenten und Lehrende) eine Lektüre wert machen.

Frank A. Stengel

Wolfgang G. SCHWANITZ, (ed.): *Germany und the Middle East 1871-1945*, Madrid/Frankfurt/M. 2005. Vervuert Verlag, 267 S., hardcover, 75 EUR.

Der in den USA lebende deutsche Orient-Historiker Wolfgang Schwanitz hat sich in den letzten Jahren mit seinen Forschungen über die Geschichte der Beziehungen zwischen Deutschland und den Ländern der Region des Nahen und Mittleren Ostens einen Namen gemacht. Die Region ist nicht nur aus heutigen globalpolitischen Gesichtspunkten interessant, sondern auch wegen der historischen Beziehungen vielfältiger Art, die Deutschland mit der grob als Orient bezeichneten Region verbindet. Diese historischen Verbindungen wiegen bei gegenwärtigen Politikanalysen schwer. Bauen

doch die aktuellen politischen Entwicklungen in »Middle East« – worunter der Herausgeber im weitesten Sinn die Region »Naher Osten«, also das Gebiet zwischen dem Arabisch sprechenden Nordafrika im Westen, Iran, Afghanistan und Pakistan im Osten, der Türkei und Zypern im Norden und der Arabischen Halbinsel im Süden versteht – wenigstens mittelbar auf jene historischen Entwicklungen auf, die zum gewichtigen Teil durch Europa beeinflusst waren.

Im vorliegenden Sammelband wird insbesondere der deutsche Einfluss auf die politische, zum Teil auch ökonomische Entwicklung in Middle East in der Zeit zwischen der deutschen Reichsgründung durch Bismarck bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges anhand verschiedener Fallbeispiele untersucht.

In den einführenden Bemerkungen verweist der Herausgeber auf ein wichtiges Resümee seiner eigenen Forschungen, die durch die Beiträge der anderen beteiligten Autoren Bestätigung gefunden haben: Die deutsche Orientpolitik wäre im genannten Zeitraum, langfristig gesehen, durchaus erfolgreich gewesen; in kurzfristiger Perspektive sei sie fast vollständig gescheitert.

In dem verlegerisch seriös gestalteten Buch werden acht Beiträge zur Thematik präsentiert. Alle behandeln mehr oder minder ausführlich einen bestimmten Aspekt der deutsch-orientalischen Beziehungen.

Deutlich wird bei der Lektüre der einzelnen Ausführungen von Schwanitz sowie bei den einzelnen Beiträgen, daß die Beziehungen Deutschlands zur orientalischen Welt von besonderer Art gewesen waren. Das Deutsche Kaiserreich hatte in den Jahren seiner Existenz, als der Wettlauf um die Neuauftteilung der überseeischen Welt unter den europäischen Großmächten begann und mit aller Härte ausgetragen wurde, im Nahen oder Mittleren Osten keine ausgeprägten kolonialen Ambitionen. Dies hieß jedoch nicht, daß Deutschland sich in dem gut dreiviertel Jahrhundert seiner mehr oder minder explizit auf Expansion ausgerichteten Außen- und Militäropolitik aus der europäischen Orientpolitik heraus gehalten hätte. Weil der Begriff in den Aufsätzen nicht auftaucht, kann wohl davon ausgegangen werden, daß Schwanitz und seine Autoren den Begriff des Semi-Kolonialismus, wie er

zuweilen in diesem Zusammenhang verwendet wird¹, ablehnen.

Allseits bekannte Belege für das besondere Interesse Deutschland an die Region des Mittleren Ostens sind der Bau der Bagdad-Bahn sowie die sogenannte Orientreise des deutschen Kaisers Wilhelm II. im Jahr 1898, wovon ein Bild auf dem Cover des Buches kündet. Ein eigener Beitrag gerade zu dem letzt genannten Schlüsselereignis deutscher Orientpolitik wurde ihm allerdings nicht gewidmet, was verwundert, wurden doch in den letzten Jahren dazu eine ganze Reihe neuer Forschungsergebnisse vorgelegt², die man hier hätte zur Ergänzung an- oder zusammenfassend in einem eigenen Beitrag einfügen können.

Der aktuelle Bezug dieser scheinbar neuen, historisch weit zurückliegenden frühen staatlichen Beziehungen werden in den zwei Beiträgen, die der Herausgeber für das Buch selbst beisteuert, besonders deutlich. Nicht nur an dieser Stelle, sondern auch schon in anderen Publikationen und im Fernsehen hat Schwanitz darauf hingewiesen, daß der deutsche Diplomat Max von Oppenheim als Spiritus Rector des Dschihad in der Türkei von 1914 gegen die »ungläubigen« Westmächte gelten kann. Auch die Rolle der deutschen Banken in der hier untersuchten Region seien sowohl aufschlussreich als auch folgenreich bis hin zur Gegenwart. Dabei stützt sich Schwanitz, wie der Leser aus seinen anderen Veröffentlichungen gewohnt ist, auf eine Unmenge von Archivmaterialien. Diese Aussage trifft indes auch auf die anderen Aufsätze der insgesamt sieben Autoren zu, von denen einer ein US-Amerikaner, die anderen alle Deutsche sind.

Natürlich können die Beiträge eines Sammelbandes nicht die umfassende Geschichte der Beziehungen zwischen zwei Staaten

bzw. Regionen nach allen Seiten hin detailliert einerseits und Überblickscharakter aufweisend anderseits, ersetzen. Diese Aufgabe kann nur eine umfassende Monographie leisten. Aber wertvolle Bausteine dafür liefern kann durchaus so ein Sammelband, der mannigfache Themenbereiche aus dem großen Spektrum der Beziehungen Deutschlands zum »Mittleren Osten« anspricht, mögen sie in ihrer Themenstellung noch so speziell erscheinen. Ein gutes Mosaikgebilde entsteht eben nur aus verschieden großen und kleinen Mosaiksteinchen. Das war, ist und wird auch zukünftig in der Geschichtsschreibung so sein.

Th. L. Hughes beleuchtet in seinem Beitrag eine wenig bekannte deutsche Expedition nach Afghanistan in den Jahren 1915 und 1916, welche die Deutschfreundlichkeit der Afghanen prüfen bzw. diese herausbilden helfen sollte, um hiermit islamische Verbündete gegen die Briten im Ersten Weltkrieg zu gewinnen. Diese Mission stand unter der Leitung von drei Personen. Einer davon war Oskar Niedermayer. Dessen Wirken im Rahmen der deutschen Destabilisierungspolitik, vor allem in Afghanistan in den Jahren 1919 bis 1922, steht im Mittelpunkt des Beitrages von Hans-Ulrich Seidt, gegenwärtig Deutscher Botschafter in Kabul. Er ist ebenfalls Autor eines aufschlussreichen Buches über Niedermayer³ und hat hieraus für seine präsentierte Studie geschöpft.

Die meisten der anderen Beiträge kommen dem interessierten Leser bekannt vor. So derjenige von S. Hauser über ein nicht unwichtiges, indes kaum bekanntes Kapitel Wissenschaftsgeschichte. Er stellt die deutschen Forschungen vom Alten Orient vor und geht auf deren Beziehungen zu politischen und ökonomischen Interessen zur Zeit der Weimarer Republik ein. Die deutsch-saudischen Beziehungen sowie auf das Leben und Wirken von einigen der wichtigsten Akteuren in den Jahren von 1924 bis 1933 stellt U. Pfullmann vor. Die komprimierteste Studie liefert K. H. Roth, der die Rolle des ehemaligen Reichskanzlers

1 Vgl. etwa Malte Fuhrmann: *Der Traum vom deutschen Orient. Zwei deutsche Kolonien im Osmanischen Reich, 1851-1918*, Frankfurt/M./New York 2006.

2 Vgl. Klaus Jaschinski / Julius Waldschmidt (Hrsg.): *Des Kaisers Reise in den Orient 1898*, Berlin 2002; Alex Carmel / Ejal Jakob Eisler: *Der Kaiser reist ins Heilige Land. Die Palästinareise Wilhelms II. 1898*, Stuttgart/Berlin/Köln 1999.

3 Hans-Ulrich Seidt: *Berlin, Kabul, Moskau – Oskar Ritter von Niedermayer und Deutschlands Geopolitik*, München 2002.

Franz von Papen, deutscher Botschafter in der Türkei in den Jahren von 1939 bis 1944, analysiert, insbesondere dessen Rolle im Zweiten Weltkrieg. Die Geschichte hat verhindern können, daß der Nahe und Mittlere Osten in jener Zeit zum Kriegsschauspiel geworden ist, so wie es Papens geostrategischen Überlegungen vorgesehen hatten.

Es mutet schon seltsam an, wenn die letzten genannten Beiträge sowie der Beitrag des Herausgebers über Fritz Grobba, der als Diplomat in der Weimarer Republik und in Nazideutschland wesentlichen Anteil an der Ausgestaltung der deutschen Orientpolitik hatte, schon zuvor in deutscher Übersetzung oder im Original (man kann es sehen, wie man will!) in einer gemeinsamen Publikation publiziert worden sind⁴ und darüber hinaus in diesem Buch keinerlei Hinweise zu finden sind. Auch in den »Interdisciplinary Journals of Middle Eastern Studies« sind die Beiträge fast wortgleich schon einmal veröffentlicht worden.

Der letzte Beitrag des hier zu besprechenden Sammelbandes befaßt sich mit einem in der bisherigen orientalischen wie deutschen Historiographie so gut wie unbekannten Thematik, nämlich mit arabischen Häftlingen in deutschen Konzentrationslagern, der aus der Feder von G. Höpp stammt und nunmehr auch schon mindestens zum zweiten Male vom Herausgeber posthum veröffentlicht wurde.

Man kann natürlich sagen, daß die einzelnen Beiträge so interessant und gehaltvoll sind, daß es nichts schadet, auf die neuen Erkenntnisse mehrfach hinzuweisen. In diesem Sinne ist das Buch zweifelsohne äußerst wertvoll und zeigt den Stand der Forschungen auf dem Gebiet der historischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und den Ländern des Mittleren Ostens auf.

Ulrich van der Heyden

⁴ Wolfgang G. Schwanitz (Hrsg.): *Deutschland und der Mittlere Osten* (=Sondernummer. COMPARATIV. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung, Jg. 14, Heft 1), Leipzig 2004.

Pamela S. CHASEK / David L. DOWNIE / Janet Welsh BROWN: *Handbuch Globale Umweltpolitik*. Mit einem Vorwort von Sigmar Gabriel. Berlin 2006. Parthas Verlag, 447 S., brosch., 24,90 EUR.

Dies ist ein wunderbares Buch – aber leider mit einer Reihe von Schwächen. Es handelt sich um die von Ingrid Laurien vorzüglich übersetzte 4. Auflage eines im englischen Sprachbereich äußerst erfolgreichen Standardwerks über globale Umweltpolitik. Das Aufkommen dieses Themas, so die Autoren, spiegelt das wachsende Bewusstsein über die steigende Beanspruchung der Ressourcen der Erde und der lebenserhaltenden Ökosysteme durch die wirtschaftlichen Aktivitäten des letzten Jahrhunderts wider (*Kapitel 1*). Das exponentielle Wirtschaftswachstum und die Globalisierung der Wirtschaft mache globale Politik dringend erforderlich. Doch ist die Weltgemeinschaft angesichts mächtiger ökonomischer Kräfte schon gewappnet, die schlimmsten Bedrohungen der globalen Ökologie abzuwenden? Worin also besteht globale Umweltpolitik?

Der größte Teil globaler Umweltpolitik bestehe in der Aushandlung multilateraler Kooperationsabkommen zum Schutz der Umwelt und der natürlichen Ressourcen, in sog. Umweltregimen (S. 59). Diesen zentralen Begriff des Buches definieren die Autoren als ein System von Prinzipien, Normen, Regeln, Verfahrensweisen und Institutionen, die die Akteure von Politik aufstellen oder akzeptieren, um Handlungen im Feld internationaler Beziehungen zu regulieren und zu koordinieren. Wer aber sind die Akteure auf der internationalen Umweltbühne? Es sind die Nationalstaaten, Internationale Organisationen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und internationale Konzerne, die gelegentlich in die gleiche Richtung, zumeist aber gegentäufig agieren (*Kapitel 2*).

Und was sind die wichtigsten, bisher ausgetriebenen Umweltregime? Die Autoren beschreiben und analysieren deren elf: Grenzüberschreitende Luftverschmutzung, Ozonabbau, Klimawandel, gefährliche Chemikalien und Abfälle, Walfang, bedrohte Arten, Verlust an Biodiversität, Desertifikation, Wälder und Fischerei. Jeder dieser Sek-

toren wird nach Verhandlungsstand und Verhandlungsergebnis analysiert (*Kapitel 3*).

Aufgrund des auf den Regimebegriff fokussierten Politikverständnisses entgeht den Autoren so aber das ein oder andere Umweltproblem: beispielsweise die quantitativ wie qualitativ brisante Wasserproblematik, unter der Milliarden von Menschen leiden. Kein Wunder: Es gibt es noch kein kodifiziertes globales Wasserregime.

Immerhin: Das besondere Augenmerk der Autoren gilt der Effektivität der bestehenden Umweltregime. Was sind die Hindernisse, was die Chancen, was macht Erfolge oder aber Misserfolg globaler Umweltpolitik aus (*Kapitel 4*)? Da kommen viele Punkte zusammen (s. bes. S. 313). Doch enden die Autoren mit dem Hinweis, dass die Bildung von Umweltregimen nicht mit der Ratifizierung eines Vertrages, einer globalen Konvention ende; sie setze sich im Prozess der Umsetzung fort. Eine Beruhigungsspalte: Was nicht ist, kann ja noch werden.

Das Medium dieses Optimismus der Autoren liegt in der Charakterisierung der staatlichen Akteure – und deren Flexibilität. Es gäbe Führungsstaaten, unterstützende Staaten, entscheidende Staaten und Veto-staaten – und aus dem eine könne, je nach innenpolitischer Konstellation, der andere werden. Und diese Konstellation werde wesentlich von NGOs geprägt: »Nichts wird ohne Umweltschutzbewegungen möglich sein« (S. 374). Optimismus also auch hier.

Worin liegen die Schwächen des Buches? Nun, es ist ein Buch amerikanischer Autoren. Und Amerikaner kriegen öfter Mal nicht mit, was in anderen Teilen der Welt passiert – beispielsweise in Europa, beispielsweise in Deutschland. Die (teils zentral) wichtige Rolle der Europäischen Union (EU) in der globalen Umweltpolitik ist völlig unterbelichtet. Nicht eines der Jahresgutachten des Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltveränderungen (WBGU), die seit 1992 auch in Englisch erscheinen, wird zitiert. Die (potenziell wichtige) Rolle der Entwicklungsländer wird nicht hinreichend erkannt, nicht einmal die Chinas und Indiens.

Aber auch das Thema »Politikintegration« scheint den Autoren fremd zu sein –

und dies gleich in doppeltem Sinne: Dass die vorherrschende sektorale Sicht der globalen Umweltprobleme hinterfragt werden muss, weil die Ökosysteme interdependent sind, weil Klimawandel die Biodiversität tangiert, weil Klimapolitik auch Biodiversitäts-politik ist – um nur ein Beispiel zu nennen. Und auch in dem Sinne, dass globale Umweltpolitik mit anderen Politiken rückgekoppelt werden muss – nicht nur, aber vor allem mit der Politik von Weltbank, IMF und WTO.

So verpassen die Autoren denn auch die zentrale Frage der Asymmetrie von ökonomischen und ökologischen Interessen. Sie konstatieren zwar, dass langfristig das ökonomische vom ökologischen Wohlbefinden (ein unpassender Begriff) abhängig sei (S.374), gehen aber davon aus, dass nicht erwartet werden könnte, dass IMF und Weltbank ihre nicht umweltverträgliche Politik änderten (S.370). Mehr noch: Sie persiflieren die Bemühungen zur Gründung einer Globalen Umweltorganisation (GEO), die – analog zur Welthandelsorganisation (WTO) – ihren Mitgliedsstaaten bindende Entscheidungen auferlegen und Sanktionen gegen ökologisches Fehlverhalten erteilen kann. Dazu heißt es: »Solche Vorschläge spannen den Wagen effektiver globaler Regime vor das Pferd angemessenen politischen Willens« (S.371). Wer so argumentiert, diffamiert sich umweltpolitisch selbst.

Auch an Entwicklungspolitik interessierte LeserInnen dürften von dem Buch enttäuscht werden: Dass globale Umweltschäden die Entwicklungsländer überproportional treffen und wie – umgekehrt – globale Umweltpolitik konzipiert werden müsste, auf dass nicht nur Umweltprobleme eingedämmt sondern auch Armut und Ausbeutung in Entwicklungsländern reduziert werden, dazu findet sich in diesem Buch nichts, das aufrüttelnd oder gar provozierend wäre.

Da tröstet es wenig, dass auch das Vorwort des Bundesumweltministers leicht daneben geht: Auf drei Seiten findet sich eine sehr gute Einführung zur internationalen Klimapolitik, aber keine Hinführung zur Konzeption einer kohärenten globalen Umweltpolitik.

Udo E. Simonis

Jürgen BELLERS: Recht für Sozialwissenschaftler. Berlin 2006. LIT Verlag, 382 S., brosch., 39,90 EUR.

Historisch betrachtet entstammt die heutige deutsche Politikwissenschaft einer Traditionslinie, die eng mit derjenigen des Öffentlichen Rechts bzw. des Staatsrechts verbunden ist. Wissenschaftsgeschichtlich verläuft diese große Traditionslinie, angeleitet durch die aristotelische Tradition der älteren Lehre der Politik, von der disziplinären Ausdifferenzierung der Policy- und Kameralwissenschaften bis zum Gründungsprozess der bundesdeutschen Politikwissenschaft nach dem 2. Weltkrieg. Einige der Gründerväter, die ausgebildete Juristen waren, bildeten eigene Schulen und versuchten somit das Traditionsband an die Politikwissenschaft als Demokratiewissenschaft (ab 1945) weiterzureichen, was seitdem, zumal bei der gegenwärtigen Orientierung der Politikwissenschaft, nicht mehr gelingt, so dass eine wichtige disziplinäre Traditionslinie verloren geht. Verloren geht dabei insbesondere, was den Gründervätern noch gelang: das starke Fokussieren auf Institutionen und Normen des politischen Prozesses als politikwissenschaftliche Gegenstände sowie die Gegenüberstellung von Verfassungsrecht und -wirklichkeit als methodologischer Zugang.

Vor diesem Hintergrund muss die jüngste Publikation des Siegener Politikwissenschaftlers *Jürgen Bellers* betrachtet werden, der die gegenwärtige Situation selbst so einschätzt: »Recht ist zumindest in der Bundesrepublik ein wichtiges – wenn auch nicht das einzige – Steuerungsinstrument von Politik, was allerdings der Politikwissenschaft durch ihre policy-, polity- und politics-Orientierung oft aus dem Blick gerät. Das mag zur Institutionalisierung der Disziplin vonnöten sein, aber alle vielleicht sinnvolle Abgrenzung von der Rechtswissenschaft darf nicht zur Realitätsblindheit führen« (205). Insofern versucht er »Text- = Lebensnähe« zum maßgeblichen methodischen Prinzip seines Werkes zu machen, also zunächst die rechtlichen Bestimmungen darzustellen und sie dann politik- und sozialwissenschaftlich zu interpretieren, um zu zeigen, dass Recht nicht nur Resultante, sondern auch Deter-

minante von Politik ist. Der Verfasser kann so herleiten, dass etwa völkerrechtliche Kategorien sich als hilfreich erweisen, z. B. den Vietnamkrieg (empirisch und normativ) zu verstehen, zu erklären und sogar aus der Situation des Jahres 1957 vorherzusagen (347). Behandelt werden daher »die Grundzüge von BGB, StGB, EU- und Völkerrecht – und zwar aus politischer, sozialwissenschaftlicher und juristischer Perspektive« (Klappentext). Adressaten sind in erster Linie Studierende der Sozialwissenschaften.

In der Einleitung werden zunächst die bekannten Funktionen von Recht und Politik im Überblick erläutert, um hieran anschließend die große Bedeutung des alltäglichen gesellschaftlichen Lebens als Basis und Ursprung von Recht und Politik zu begründen. Um die Bedeutung des Rechts für die Politik zu erfassen, wird es in den größeren Zusammenhang der Gruppen, Schichten, Milieus, Parteien, Medien etc. einer (meist nationalstaatlich organisierten) Gesellschaft gestellt (14 ff.), bevor der Verfasser zentrale Gedanken der »großen Geister« der Rechtsphilosophie (von Platon bis Habermas) zusammenfasst. Ebenso wird ergänzend erläutert: dass 1) Parteien das Recht gemäß ihrer Programmatik sehen und einsetzen, 2) Gerechtigkeit als Grundlage und Ziel von Recht und Politik dienen sollte, 3) das Recht und auch die Menschen im Alltag recht gut wissen, was »gut« und »böse« ist und 4) Recht (und damit auch die Politik) von der freien geistigen Entscheidung oder zumindest Entscheidungsmöglichkeit des Einzelnen ausgeht. Konsequent gemäß seinem methodischen Leitprinzip beginnt der Verfasser mit dem rechtlichen Bereich, »der das konkrete Leben rechtlich und praktisch am stärksten ordnet, dem BGB inklusive der Grundrechte als der Grundlage der Rechte der Bürger« (22). Im Anschluss an die Darstellungen zum BGB wird auf das Staats- und Verwaltungsrecht eingegangen, also auf die Verfahren, wie Gesetze zustande kommen, d. h. wie über Parlamente, Regierungen und internationale Organisationen Recht entsteht. Hierzu wird auch die Gerichtsverfassung gerechnet, die der Kontrolle dient, ob Recht und Gesetz korrekt angewandt werden. Der Verfasser analysiert in der Folge für seine Adressatengruppe we-

sentliche Rechtsbereiche, die spezifisch von der Politik geregelt werden (vom Energie- und Atomgesetz über das Jugendschutzrecht bis zum internationalen Privatrecht, dessen Regelungsformen auch für die internationale Politik Vorbildcharakter annehmen, sowie dem sehr komplexen Bereich der EU). Im zweiten Teil des Buches wird auf die internationalen Organisationen eingegangen, die mit ihrer »Rechtsetzung« von Bedeutung sind (z. B. EP, IWF, Weltbank, UN) und einige »Sondergebiete« (u. a. das Völkerrecht).

Sein ehrgeiziges Programm orientiert Belchers an der didaktischen Prämissen, nicht Unverständlichkeit und wenig Berufsbezug zu den Ausweisen von Wissenschaftlichkeit zu machen (164). Dies gelingt ihm u. a. durch eine stets allgemeinverständliche und zugleich wissenschaftsfundierte Sprache, gewürzt mit einem Schuss Humor und Ironie, und indem er einzelne pointierte Fragestellungen formuliert, z. B. für die Grundzüge des StGB: »Mir kommt es hier [...] vorrangig auf die Rolle des Staates an, wie sie im StGB vorgegeben und konzipiert ist. Es kommt mir hier darauf an, was des Staates Herrlichkeit ist« (52). (Entsprechend werden v. a. behandelt: Staats- und Verfassungsschutz sowie Korruption). Die einzelnen Rechtsgebiete illustriert der Verfasser stets durch bekanntere aktuelle, für den Adressatenkreis relevante praktische Fälle, teilweise auch »Dauerbrenner« (§ 218 StGB) oder solche, die exemplarisch Bedeutung z. B. für die »Rechtskultur« haben (Fall »Mehmet«). Die Beispiele werden mit einer kurzen Sachverhaltsschilderung, rechtlichen Grundlagen und politischen Implikationen versehen, oftmals aus der Perspektive der beteiligten Akteure (insbesondere Bürger, Politiker, Richter, Sachverständiger), was impliziert, dass z. B. auch ganze Gerichtsentscheidungen abgedruckt und analysiert werden. Stets gilt der kritischen Reflexion des Zustandekommens und des Telos von Rechtsnormen ein zentrales Augenmerk, auch unter rechtsgeschichtlichen und rechtssoziologischen Bezugnahmen. So ist der Leser gezwungen, sich mit Gesetzesrestexten, juristischen Verfahren und Kommentaren kritisch auseinander zu setzen. Er lernt politik- und sozialwissenschaftlich relevante juristische Grundfragen,

Interdependenzen an den disziplinären Schnittstellen (z. B. Erbrecht – liberales Prinzip, soziale Gerechtigkeit; Schuld – Freiheit – Verantwortung anhand des Schuldprinzips des StGB), allgemeine Rechtsprinzipien und wichtige Rechtsbegriffe, Novellierungegründe für Gesetze und nicht zuletzt Rechtsnormen praxisbezogen kennen und damit gegenüber oftmals abstrakt und eindimensional verbleibender juristischer Literatur einen neuen Zugang zur Rechtsmaterie zu gewinnen. So lernt er auch die Rechtssprache von der Alltagssprache zu differenzieren. Sehr komplexe Gebiete, gerade solche, wo das Recht nicht Ausdruck sozialer Wirklichkeit ist, lassen sich vor diesem Hintergrund leichter erschließen. Darunter fallen insbesondere das EU- und das Völkerrecht.

Im Sinne der Intention des Autors wäre es allerdings hilfreich gewesen, über die jeweils angegebene Literatur ausführlicher auf das weiterführende politik- und sozialwissenschaftlich relevante Schrifttum hinzuweisen. Daneben fallen die sich durch die ganze Publikation hindurchziehenden formalen Schwächen (auch hinsichtlich der Zitierweise) ins Auge. Diese stehen der ansonsten ausgezeichneten Didaktik des Werkes entgegen.

Konsequent im Sinne normativer Politikwissenschaft wird im knappen Schlusskapitel gefragt, ob und wie auf der Grundlage der in der Publikation extensiv ausgetriebenen rechtlichen Phänomene »gutes Handeln« bestimmt werden kann. »Ein wesentliches Ergebnis ist, dass sich konkret-allgemeine Typen (nicht ewige Wesenheiten) in der Betrachtung unserer uns umgebenden sozialen Umwelt zeigten« (369) (z. B. dass der Mensch mit anderen Menschen lebt, er ein soziales Wesen ist, woraus BGB und GG die Gleichheit des Menschen ableiten etc.). Der Verfasser bedient sich der »Bewusstseinsphänomenologie« auf der Grundlage des dialogischen Prinzips, hier ein wenig an Alexander Schwan erinnernd. Diese Bewusstseinsphänomenologie verbindet er unter Zuhilfenahme insbesondere von Ludwig Landgrebes »Phänomenologie und Metaphysik« mit der Metaphysik, denn: »ohne Gott geht es nicht, glaube ich zu glauben« (375). Dieses Kapitel kann nur einen (inter-

essanten!) Weg andeuten, der weiter auszuarbeiten ist, unter Berücksichtigung auch der normativen Politikwissenschaft der 1950er Jahre und späterer Methodendiskussionen.

Jürgen Bellers gelingt mit seiner wichtigen Publikation die Sensibilisierung für die eingangs bezeichnete gemeinsame Traditionslinie von Politik- und Rechtswissenschaft und damit der Rekurs auf Normen und Institutionen des politischen Prozesses als politikwissenschaftliche Gegenstände, ohne die bekannte rechtswissenschaftliche Literatur zu wiederholen, sondern durch einen neuen Zugang, durch den er auch Vorurteilen und »Ängsten« gegenüber dem Recht *aktiv* entgegentritt. Weiter ausgebaut ist dieser Zugang darüber hinaus in der Lage, der permanent im Selbstfindungsprozess begriffenen Politikwissenschaft wieder ein wenig Orientierung zu geben und damit einen stärkeren Berufsbezug zu entwickeln.

Markus Porsche-Ludwig

Henning OTTMANN: Geschichte des politischen Denkens. Bd.3/1: Die Neuzeit. Von Machiavelli bis zu den großen Revolutionen. Stuttgart/Weimar 2006. J. B. Metzler, 528 S., brosch., 19,95 EUR.

Den nun vorliegenden ersten Teil des dritten Bandes über die politische Ideengeschichte von Machiavelli bis Rousseau konnte man mit Spannung erwarten, hat sich Henning Ottmann doch zu bestimmten dominanten Aspekten dieser Epoche – namentlich der Vertragstheorie – bereits einschlägig geäußert. Zunächst einmal ist festzuhalten, dass der Verfasser der Gegenstand seines Bandes in gewohnt gründlicher Manier darstellt: In leicht nachvollziehbarer Weise werden die politischen Theorien vorgestellt und Einblick in die Geschichte ihrer Rezeption gegeben, ergänzt um ausführliche Literaturhinweise. Neben den längst zum Kanon der Klassiker gehörenden Denkern stechen in der politischen Ideengeschichte oftmals stiefmütterlich behandelte Autoren wie Jonathan Swift, aber auch Justus Lipsius als Vertreter des Tacitismus oder Shakespeare hervor. Angesichts dieser erfreulichen Dreingaben

drängt sich jedoch unweigerlich das Gefühl eines Mangels auf, insofern Autoren wie La Boétie, Montaigne oder Mandeville nicht mit eigenen Unterkapiteln vertreten sind oder Spinoza als nahezu ephemere Epigone erscheint, wird er doch nur im Rahmen der Wirkungsgeschichte Hobbesschen Denkens etwas ausführlicher besprochen.

Doch wäre es wohl verfehlt, selbst einem derart umfangreichen Projekt zum Vorwurf zu machen, dass es die falschen Schwerpunkte gesetzt hätte. Es ist unumgänglich, solche zu setzen, und diese Setzung bleibt notwendig willkürlich. Was Ottmann in diesem Band neben den gängigen Klassikern vorstellt, hat durchaus seine Berechtigung, so etwa wenn anhand der so genannten Reichspublizistik der 'spezifisch deutsche Weg in die Neuzeit' aufgezeigt werden soll oder wenn neben den weithin bekannten frühneuzeitlichen Utopien von Morus, Campanella und Bacon auch die Andreaes, de Bergeracs und Merciers herangezogen werden, was doch das Spektrum des neuzeitlichen utopischen Denkens um bedeutende Perspektiven erweitert. Weiterhin kann man auf die relativ ausführliche Schilderung reformatorischen Denkens und die knappe und gelungene Darstellung der spanischen Spätscholastik hinweisen sowie auf die ebenfalls selektiven und zugleich recht informativen Überblicke über das politische Denken zur Zeit des englischen Bürgerkrieges und über die deutsche Frühaufklärung. Hierin besteht im Wesentlichen die Kür dieses Bandes, die über die pflichtmäßige Darstellung der kanonischen Klassiker der politischen Ideengeschichte hinausgeht. Gleichwohl mag man den Eindruck haben, dass der Raum für ideengeschichtliche Ausflüge in der Neuzeit gegenüber den früheren Bänden zu schrumpfen beginnt – schließlich ist dies der bislang seitenstärkste Band.

Was nun die kanonischen Klassiker an geht, die in diesem Werk behandelt werden – Machiavelli, Bodin, Hobbes, Locke, Montesquieu und schließlich Rousseau – so besticht der Verfasser einmal mehr mit der Ausgewogenheit seiner Darstellung. Verschiedene ideengeschichtliche Interpretationen werden vorgestellt, ohne dass der Versuch gemacht würde, sich krampfhaft ihrer kritischen Beurteilung zu enthalten. So ent-

steht ein Text, der auf der Ebene der Wiedergabe der politischen Ideengeschichte selbst ebenso spannend zu lesen ist wie auf der Ebene der Wiedergabe ihrer Interpretationen und Wirkungen. Doch obwohl der Verfasser sich mit seinem Urteil angenehm zurückhält, fällt vor allem an einer Stelle eine ganz bestimmte Sichtweise auf. Sie scheint vorgezeichnet durch den anregend spöttischen, jedoch auch ironisierend simplifizierenden Artikel Ottmanns zur Vertragstheorie, der vor über zwanzig Jahren in dieser Zeitschrift erschien. So kann er hier nicht der Versuchung widerstehen, die Bedeutung des Vertragsmodells bei Hobbes zu relativieren, indem er demgegenüber das commonwealth by acquisition als vollkommen eigenständiges Modell vorstellt. Dabei freilich übersieht er, dass die Rechte und Pflichten, die Hobbes aus seiner Vertragstheorie entwickelt hatte, in gleicher Weise auf das eroberte Reich anzuwenden sind wie auf den commonwealth by institution und somit das Vertragsmodell grundlegend für beide Fälle ist. Und in einem Ausblick auf die Wirkung Hobbes' scheint erneut dieses Unverständnis gegenüber der Vertragstheorie auf – hier angesichts Kants Rückgriff auf Hobbes, den etwa Georg Geismann überzeugend herausgearbeitet und nachvollzogen hat, der bei Ottmann aber nur verwundertes Kopfschütteln hervorzurufen scheint. Doch diese kleinen Voreingenommenheiten verzeiht man dem Autor gerne, zumal er mit eingestreuten Verweisen auf Foucault deutlich macht, dass er sich schon langsam für den vierten Band über das 20. Jahrhundert warmläuft. Zunächst aber wird man auf den zweiten Teilband zur Neuzeit warten müssen, und man darf schon jetzt die Vorhersage wagen, dass Kant trotz seiner seltsamen vertragstheoretischen Gedanken in der Ideengeschichte des aristotelisch-thomistisch-hegelianischen Ottmann darin eine angemessene Würdigung erfahren wird.

Holger Zapf

Walter REESE-SCHÄFER: *Klassiker der politischen Ideengeschichte. von Platon bis Marx.* München/Wien 2007. Oldenbourg Wissenschaftsverlag, 246 S., brosch., 29,80 EUR.

Der Verfasser versteht seine Einführung als Reiseführer – in Anlehnung an ein Buch mit dem Titel »Guide to the places in the world you must have seen before you die« – zu den wichtigsten Texten der politischen Ideengeschichte. Man mag von dieser nahezu existentialistischen Methode der Kanonisierung halten was man will, zumindest verspricht sie eine Beschränkung auf das Allerwichtigste – was beim Schreiben von politischen Ideengeschichten eine keineswegs leichte Aufgabe darstellt. Tatsächlich gelingt Reese-Schäfer diese Beschränkung weitgehend. In einem lockeren Stil wird man durch die wichtigsten Lesenswürdigkeiten der politischen Ideengeschichte geführt, und der Verfasser weist mit einem Augenzwinkern auf manche Kuriosität hin, hebt aber auch mit unübersehbaren Gesten das hervor, was ihm bedeutsam wie auch was ihm gefährlich erscheint. Die wiederkehrende Warnung unseres Reiseführers könnte lauten: »Meine Damen und Herren, heben Sie die Augen zum Anblick monumentalischer Theorien – doch Vorsicht, hin und wieder ist der Boden recht uneben!«

Die Freude an der sehr gelehrt und informativen Führung zu diesen Gedankengebilden wird mitunter etwas getrübt, wenn die Perspektiven möglicher Interpretationen von vorne herein eingeengt werden und Alternativinterpretationen mit Bausch und Bogen verworfen werden. So wird man dem Verfasser beispielsweise nicht folgen müssen, wenn er das Verdikt über Platon verhängt, dass Popper Pate für die heute gängige Platon-Lesart stünde. Dieses Urteil trifft er unter der Annahme, dass die Politeia »auf Verwirklichung angelegt« (S. 16) war, was er zwar behauptet, aber nicht weiter belegt oder diskutiert. Die Spannung zwischen dem Philosophenkönigssatz und der in Platons Werk präsenten Problematisierung seiner Implikationen wird aufgelöst in der simplen, aber doch in gewisser Weise hinter Platons Denken zurückfallenden Antwort, dass die Philosophenherrschaft schlachtweg nicht umzusetzen sei, weshalb er mit diesem Vorschlag in der politischen Ideengeschichte isoliert geblieben sei. Während Platon also dem Totalitarismusvorwurf in aller Schärfe ausgesetzt wird, erfährt auf der anderen Seite etwa Rousseaus *Contrat Social* Schützen-

hilfe gegen den gleichen Vorwurf (S. 127f). Doch wer aus Platon einen Vordenker des Totalitarismus macht, darf bei Rousseau nicht halt machen – wenn es ihm wirklich um die Gefahren des Denkens zu tun ist. Als Ausweg hätte sich angeboten, nicht nur die Politeia, sondern auch den *Contrat Social* als Utopie aufzufassen, wie es Ulrich Weiß im Hinblick auf die textimmanente Umsetzungsproblematik des letzten wie auch auf den damit zusammenhängenden Totalitarismusverdacht vorgeschlagen hat. Im Licht utopischen Denkens und insofern aufgefasst als rationale Gegenentwürfe zur Wirklichkeit – ein Verständnis der Politeia übrigens, von dem Reese-Schäfer gar nicht so weit entfernt ist (vgl. S. 14) – könnten beide ihren blendenden Schrecken verlieren.

Die Stärken des Textes, die durch das gelegentliche Ungleichgewicht in der herme-neutischen Benevolenz nicht getrübt werden können, liegen in einigen Besonderheiten, die ihn von vergleichbaren Einführungen wohltuend abheben: Positiv fällt die unbeschwerete Weise auf, in der das ideengeschichtliche Material immer wieder auf die Gegenwart bezogen wird. Dass dies ohne umständliche Rechtfertigung geschieht, lässt gerade in der gegenwärtigen Situation hoffen. Diesem immer wieder aktualisierten Rückbezug ist auch die im Kapitel über Rousseau untergebrachte Darstellung von Religionskritik und Fortschrittsdenken in der Aufklärung geschuldet. Hier geht es dem Verfasser darum, die Aufklärung differenziert und vor allem als nicht blindlings fortschrittsgläubig darzustellen, womit er sich auch gegen die fast zum Gemeingut gewordene negative Interpretation der »Dialektik der Aufklärung« stellt. Der Rekurs auf die aufklärerische Religionskritik wendet sich unverkennbar gegen moderne religiöse Fundamentalismen, und der Verfasser misst dieser in der Auseinandersetzung mit jenen einen hohen Wert bei.

Auch der für eine ideengeschichtliche Einführung ungewohnt hohe Stellenwert, der den ökonomischen Aspekten der vorgestellten politischen Theorien von Platon bis Marx eingeräumt wird, sticht in diesem Text heraus. So wird Adam Smith fast ebenso breit behandelt wie Marx und Engels, deren Theorie-Trauma – also die pathologische

»Furcht vor der Anarchie des Marktes« – in einem abschließenden Kapitel gesondert behandelt wird. Es ist bemerkenswert, mit welcher Ausführlichkeit hier die Probleme der Marxschen Lehre aufgezeigt werden – vor allem angesichts des rapiden Bedeutungsverlustes ihrer ökonomischen Komponenten in den letzten zwanzig Jahren. Doch vielleicht geht dieses Denken als Wiedergänger des Gespenstes, das es einmal war, nun wieder um, ebenso wie das globale Gespenst des religiösen Fundamentalismus. Es ist sehr erfreulich, wenn für die Jagd auf diese Gespenster auf die politische Ideengeschichte mit aller Selbstverständlichkeit zurückgegriffen wird, wie Reese-Schäfer es hier vorführt. Die Behauptung, einen Reiseführer zu den wichtigsten Texten der politischen Ideengeschichte vorzulegen, was auf den ersten Blick einen gewissen Exotismus des politischen Denkens impliziert, entpuppt sich insofern jedenfalls als geschicktes, ja listiges Understatement.

Holger Zapf

Volker LADENTHIN (Hg.): *Philosophie der Bildung. Eine Zeitreise von den Vorsokratikern bis zur Postmoderne*. Bonn 2007. DenkMal Verlag, 219 S., brosch., 19,90 EUR.

Bildung und Ausbildung sind zwei Begriffe, die insbesondere in der jüngsten Zeit häufig verwechselt werden; stets ist von Bildung die Rede, wenn eigentlich Ausbildung gemeint ist. Dieses Missverständnis des Bildungsbegriffs hat bereits Tradition. So verwies bereits Ende der 1960er Jahre Georg Picht auf die deutsche *Bildungskatastrophe* und beschrieb die problematischen Verhältnisse an deutschen Schulen, die er als nicht zukunftsfähig und dem internationalen Wettbewerb als nicht gewachsen ansah. Sein Buch trug letztlich zum Umbau der gymnasialen Oberstufe in den 70er Jahren bei. Auf Bildung im eigentlichen Sinn geht Picht indes nicht ein. So auch Dietrich Schwanitz nicht, der mit seinem 1999 erschienenen Buch *Bildung. Alles was man wissen muss* eine kontroverse Debatte über einen allgemein verbindlichen Bildungskanon auslöste.

Während sich Picht auf die (vermeintlichen oder tatsächlichen) Defizite des Ausbildungswesens bezog, breitete Schwanitz vor dem Leser ein Kompendium vorwiegend historischer Wissensbausteine aus, das praktischerweise die auswendig zu lernenden Punkte in einfach zu lesenden Textblöcken zum Abhaken untereinander stellt. Schwanitz setzt sich damit dem Vorwurf aus, er würde, statt zur persönlichen Bildung anzuleiten, dem Leser nur eine Anleitung zur Mimikry anbieten, etwa im Kapitel mit dem Titel »Einleitung über die Regeln, nach denen man unter Gebildeten kommuniziert; ein Kapitel, das man auf keinen Fall überspringen sollte.«

Zuletzt wurde schließlich die oft zitierte PISA-Studie als Bildungsmaßstab missverstanden, die lediglich die Messung der Kenntnis spezifischer Fertigkeiten intendierte. So wurde von einem beschämenden Bildungsdefizit gesprochen, wo im Kern die mangelhafte Vermittlung von zweckgerichteten Kompetenzen gemeint war.

Doch allen Missverständnissen zum Trotz dürfte inzwischen deutlich geworden sein, dass Bildung wieder zu einem Thema des öffentlichen Diskurses geworden ist. Und damit ist es höchste Zeit, sich den Grundlagen der echten Bildung zuzuwenden und zu verstehen, was ihren Kern und Wert grundsätzlich bestimmt, und wie sie sich von bloßer Ausbildung unterscheidet. Hierfür stellt der Sammelband *Philosophie der Bildung* von Volker Ladenthin ein wertvolle Hilfe dar. So findet sich beispielsweise in den einleitenden Bemerkungen folgende Beschreibung eines Gebildeten: »Ein Mensch mit Bildung ist jemand, der das, was Menschen grundsätzlich können und wollen, in ein gelungenes Verhältnis zueinander zu setzen vermag; ist ein Mensch, der das, was zu wissen notwendig, nützlich und sinnvoll ist, in eine angemessene Beziehung zueinander setzen kann, um richtig, gerecht und gut zu handeln und sinnvoll zu leben. Diese Fähigkeit kann nicht wieder gemessen und bewertet werden, weil sie das letzte Maß ist.« (15) Anders als etwa bei Schwanitz, der in aufzählender Form zu beschreiben sucht, was Bildung alles bedeuten kann, umreißt Ladenthin mit solchen und vergleichbaren Aussagen das Gebiet nur grob. Sätze dieser

Art aber wollen entschlüsselt statt auswendig gelernt werden. Der so in Gang gesetzte hermeneutische Prozess führt den Leser, wenn er sich nur darauf einlässt, bereits sanft auf den Weg zur Bildung. Diese selbst definiert Ladenthin als eine besondere Form des bewertenden Erkenntnisgewinns: »Bildung ist die besondere und nur dem Menschen zukommende Eigenart, Erkenntnisse aus Natur und Geschichte, über das Zusammenleben der Menschen und über die eigene Person zu gewinnen, diese Erkenntnisse zueinander ins Verhältnis zu setzen und sie zu bewerten, um mit ihnen handelnd umzugehen. Keine Erkenntnis ist aus der Bildung ausgeschlossen.« (18) Obwohl Bildung also zunächst zweckfrei erfolgt (»Bildung dient ausschließlich der Bildung«; 153), kommt ihr doch eine wesentliche praktische Bedeutung als handlungsanleitende Instanz zu: Gebildete Menschen handeln anders, als ungebildete. Besonders deutlich tritt dieser Aspekt bei der kritischen Betrachtung der sozialen Verhältnisse hervor: »Bildung und Macht widersprechen sich. Bildung entmachtet. Bildung ist subversiv gegenüber dem Angemaßten, der Konvention, der Macht und Gewalt.« (210)

Volker Ladenthin stellt in seinem Sammelband ein breites Spektrum von Philosophen vor, die sich im weitesten Sinn zum Thema Bildung geäußert haben. Auszüge aus Texten von elf Autoren aus zweieinhalb Jahrtausenden Philosophiegeschichte hat er hierzu chronologisch zusammengetragen.

Als erster Philosoph wird Demokrit vorgestellt, von dessen Texten leider nur Fragmente überliefert sind. »Systematisch bedeutsam ist die von Demokrit bemerkte Differenz von Sitte und Sittlichkeit, von Legalität und Moralität und schließlich von Sozialisation und Bildung.« (36) Mit diesen Aspekten ist bereits der Bildungshorizont aufgespannt, in dem die künftigen Philosophen sich, bewusst oder unbewusst, prinzipiell bewegen. Als zweiter Philosoph schließt sich Platon mit dem Dialog *Menon* an, gefolgt von der *Politik* des Aristoteles. Für die Zeit zwischen Antike und Renaissance finden nur die *Bekenntnisse* Augustins Erwähnung. Zwischen ihm und den folgenden Autoren lag das christliche Mittelalter mit seiner geistigen Ausrichtung auf Frö-

migkeit und der persönlichen Vorbereitung auf das Jüngste Gericht. Im Zuge dieser Entwicklung verlor die Bildung ihren Geist der subversiven Kritik, den sie erst Tausend Jahre später wieder zurück erlangte. Als Beispiel hierfür wird als Vertreter der frühen Neuzeit Erasmus von Rotterdam mit *Der Abt und die gebildete Frau* vorgestellt, einem Text, in dem die bildungsferne Pfaffenfrömmelei satirisch vorgeführt wird. Dass Bildung jedoch keineswegs notwendigerweise eine Abkehr von Gott und religiösem Glauben bedeuten muss, wird durch die *Große Didaktik* von Jan Amos Comenius deutlich. Im Anschluss daran findet *Julie oder Die neue Héloïse* von Jean-Jacques Rousseau Eingang in die Textsammlung. Für das 19. Jahrhundert werden Wilhelm von Humboldt mit dem Fragment gebliebenen Text *Theorie der Bildung des Menschen* und Friedrich Nietzsche mit seinem Aufsatz *Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben* angeführt. Abschließend werden in zwei Interviews die Ansichten Theodor W. Adornos (*Erziehung – wozu?*) und Michel Foucaults (*Jenseits von Gut und Böse*) als Vertreter des 20. Jahrhunderts vorgestellt.

Allen Textauszügen sind kurze Beschreibungen zum Leben und Schaffen der einzelnen Autoren vorangestellt. In diesen Kurzbiografien finden sich darüber hinaus noch zahlreiche Verweise auf die weiterführende Fachliteratur. Auf diese Weise gibt Landenthin dem Leser mit einem nur wenig mehr als zweihundert Seiten fassenden Buch eine kurze, aber dennoch umfassende Einführung in die Philosophie der Bildung an die Hand, die sich beispielsweise sehr gut als Textgrundlage für einen Lektürekurs im Grundstudium eignet. Bereits die Einleitung stellt ein Panoptikum der Bildungsideen dar, das ein breites Spektrum an Persönlichkeitstypen, die am Bildungsdiskurs teilhatten und haben, vorstellt. Zusammen mit den gesammelten philosophischen Texten von der Zeit der Vorsokratiker bis heute motiviert es den Leser, seine eigenen Gedanken zur Bildung anzustellen. Und dürfte damit das Ziel jedes Buchs, das von Bildung handelt, erreicht haben. *Sapere aude!*

Lars Schuster

Manfred SPITZER: *Vorsicht Bildschirm! Elektronische Medien, Gehirnentwicklung, Gesundheit und Gesellschaft*. München 2006. dtv, 303 S., brosch., 9,50 EUR.

Welchen Einfluss haben die neuen Medien wie Fernsehen und Computer auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen? Können aggressive Computerspiele wie z.B. Counterstrike zu einem aggressiven Verhalten seitens der jugendlichen Spieler führen? Und falls dies der Fall sein sollte: Was könnten die neurophysiologischen Hintergründe dieser Entwicklungen sein?

Es sind solche und ähnliche Fragen, mit denen sich Manfred Spitzer, Leiter der Psychiatrischen Universitätsklinik und des Transferzentrums für Neurowissenschaften und Lernen in Ulm, im hier betrachteten Buch befasst. Spitzer wagt sich mit diesem populär gehaltenen und gut lesbaren Werk an eine Front, an der sich bereits seit geraumer Zeit Apologeten und Kritiker der neuen Medien einen erbitterten Krieg liefern. Er entzieht sich dabei einer vermittelnden, relativierenden Position und bezieht eindeutig Stellung auf Seiten der Medienkritiker. Dabei spart er nicht an effektheischenden Aussagen: »Wären Bildschirme nie erfunden worden, dann gäbe es allein in den USA jährlich etwa 10.000 Morde und 70.000 Vergewaltigungen weniger sowie 700.000 weniger Gewaltdelikte gegen Personen [...]« (8). Lassen sich solche Zahlen halten? Spitzer jedenfalls führt, nach einer allgemeinen Einleitung, in sechs Kapiteln die Ergebnisse zahlreicher Untersuchungen an, die sich den oben genannten Fragen widmen. Diese stützen oft die alltagspsychologischen Einsichten, etwa dass ein zu intensiver Konsum von Fernsehen im Allgemeinen, gewalttätiger Filme im Speziellen sowie das Spielen aggressiver Computerspiele sich negativ auf die körperliche und psychische Konstitution der Konsumenten auswirkt. Genau dies haben Kritiker moderner Medien bereits lange vermutet, doch der Verdienst Spitzers liegt in der Sammlung wissenschaftlicher Quellen für die Bestätigung und Ausdifferenzierung dieser Vermutungen.

Das erste thematisch eingegrenzte Kapitel (Kap. 2) widmet sich den Auswirkungen von Fernsehen auf die körperliche Gesamt-

verfassung. Wie bereits zu erwarten war zeigt sich, dass der Fernsehkonsum zu Lasten der körperlichen Verfassung geht, insbesondere lässt sich bei Vielsehern eine Gewichtszunahme beobachten. Im Gegensatz zur landläufigen Meinung ist diese aber, so Spitzer, nicht vorwiegend durch den Mangel an sportlicher Betätigung bedingt, sondern durch eine falsche Ernährungsweise (36f) sowie durch eine Verminderung des Energieverbrauchs unter das Normalniveau (38).

Im dritten Kapitel wendet sich Spitzer dem Gehirn und der Erfahrungs- bzw. Aufmerksamkeitspsychologie zu. Anhand zahlreicher Untersuchungen wird dem Leser die Notwendigkeit einer reichhaltigen Erfahrungsumwelt für ein gesunde geistige Entwicklung von Kleinkindern aufgezeigt. Sowohl Fernsehen als auch Computerprogramme sind mit der Reichhaltigkeit und Komplexität einer natürlichen Umwelt in keiner Weise vergleichbar. Aus diesem Grund sieht Spitzer jegliche Form von Bildschirmunterhaltung für Kleinkinder als äußerst problematisch an, insbesondere wenn diese, wie im vierten Kapitel diskutiert, mit Werbung versetzt ist.

Nach diesen eher allgemein gehaltenen entwicklungspychologischen Betrachtungen diskutiert Spitzer im fünften Kapitel die Auswirkungen, die kindlicher und jugendlicher Medienkonsum in der Schule zeitigen. Auch hier kann der Autor auf zahlreiche Studien aus den USA und Deutschland verweisen, die deutlich einen negativen Zusammenhang zwischen Dauer des Fernsehkonsums und der Schulleistung belegen (123). Dem populären Argument, Kinder würden ohne regelmäßigen Fernsehkonsum zu sozialen Außenseitern, weil sie in der Schule nicht mitreden könnten, stellt er empirische Belege entgegen die zeigen, dass gerade Vielseher ein schwächer ausgeprägtes Sozialverhalten aufweisen (126ff). Hinsichtlich der Computernutzung ergibt sich auf den ersten Blick ein ähnliches Bild, das sich jedoch bei näherer Betrachtung ausdifferenziert: So sinkt tatsächlich die Schulleistung von Jungen mit der Zeit, die sie vor dem Computer verbringen. Bei Mädchen indes, und dies überrascht ein wenig, wirkt sich die Computernutzung nicht vergleichbar auf die Leistungen in der Schule aus. Spitzer führt

dies auf die unterschiedlichen Nutzungsweise des Mediums Computer zurück: »Mädchen kommunizieren und Jungen balldeln.« (140)

Diesen geschlechtsspezifischen Betrachtungen schließt Spitzer eine harsche Kritik an dem Präsentationsprogramm PowerPoint von Microsoft an, das seiner Ansicht nach zu einer Degeneration des Vortragsstils beiträgt. Dies kann, wie Spitzer mit Verweis auf den Absturz der Raumfähre Columbia zu belegen sucht, unter Umständen zu katastrophalen Auswirkungen führen. Doch hier scheint der Autor ein wenig über das Ziel hinaus zu schießen, verweisen seine polemischen Beispiele für missratene PowerPoint-Präsentationen doch nur auf einen schlechten Vortragsstil, der durchaus auch bei frei gehaltenen Referaten anzutreffen ist. Ob nun gerade PowerPoint dafür verantwortlich zu machen ist, dass Vortragende nicht in der Lage sind, ihre Aussagen dem Publikum adäquat zu verständlichen, darf hier zumindest bezweifelt werden.

In den Kapiteln 6 und 7 thematisiert Spitzer schließlich die Wirkung von Gewaltdarstellungen in Fernsehen und Computerspielen. Die auch hierzu ausführlich dargelegten Studien zum Thema belegen die alltagsspsychologische Vermutung, dass ein größeres Maß von medial vermittelter Gewalt sich im lebenspraktischen Alltag widerspiegelt. Als Wirkmechanismen im Falle von Videospielen weist Spitzer auf eine Reihe von Aspekten (231ff): die Steigerung des Erregungsniveaus scheint vorbestehende aggressive Neigungen zu verstärken; die Existenz sog. = Spiegelneurone erklärt die Verinnerlichung medial vermittelter gewalttätiger Verhaltensweisen, die dann durch den Bahnungseffekt (Priming) das eigene Verhalten in Richtung einer höheren Gewaltbereitschaft beeinflussen. Schließlich führen mediale Gewaltdarstellungen zu einer Desensibilisierung gegenüber realer Gewalt. Die einfache Schlussfolgerung: »Gewalt im Videospiel führt zu mehr Gewalt in der realen Welt.« (241)

Nach den genannten Ausführungen widmet sich Spitzer im abschließenden achten Kapitel der Frage, wie der gegenwärtigen Entwicklung entgegen getreten werden kann. Er verweist dabei auf das Beispiel Umweltverschmutzung, bei der die reinen

Marktmechanismen versagen. Erst das Ein greifen des Staates in Form von erhöhten Abgaben bei einer umweltbelastenden Produktion führt zu höheren Preisen von dreckig produzierten Gütern und einem relativ niedrigeren Preis sauber erzeugter Waren, was deren Position am Markt stärkt. Auf gleiche Weise sieht Spitzer die Politik in der Pflicht, der medialen Geistesverschmutzung entgegen zu treten. Die gängigen Ansätze der Medienpädagogik, durch Medien erziehung zu mehr Medienkompetenz beizutragen, sieht Spitzer als gescheitert an. Was hilft, sei lediglich eine konsequente Einschränkung der Gewaltdarstellung in den Medien. Sollte es dazu nicht kommen, bleibt den besorgten Eltern nur die Abschaffung des Fernsehers, was der Autor auch in der eigenen Familie durchgesetzt hat. Spitzer, selbst Vater von fünf Kindern, verfügt über ein gerütteltes Maß an persönlicher Erfahrung, die er gelegentlich in seine Beschreibungen einfließen lässt. Ebenso wie

die zahlreichen anschaulichen Grafiken lockert dies den Text auf angenehme Weise auf. Leise Töne sind dabei seine Sache nicht. Das mag manchem auf Objektivität und Ausgewogenheit bedachten Zeitgenossen widerstreben, scheint jedoch angesichts des medialen Wildwuchses und der zahlreichen lobbyseitig gestützten (Pseudo-)Wissenschaftler dringend notwendig. Wenn stets aufs Neue darauf hingewiesen wird, dass es für einen Zusammenhang von Gewalt in Fernsehen und Computerspielen einerseits und der Zunahme von Gewalt in der Alltagssphäre keine Belege gäbe, so ist es unbedingt geboten, auf die große Menge von Studien hinzuweisen, die genau dies belegen, die aber in Presse und Medien kaum wahrgenommen werden. Genau hierzu leistet Manfred Spitzer einen unbedingt empfehlenswerten Beitrag.

Lars Schuster

Politische Kommunikation im Wandel



Entgrenzte Demokratie?

Herausforderungen für die politische Interessenvermittlung

Herausgegeben von Otfried Jarren,
Dominik Lachenmeier und Adrian Steiner

2007, 367 S., brosch., 49,- €, ISBN 978-3-8329-2817-9

Politische Kommunikation befindet sich im Wandel. Prozesse der Entgrenzung stellen Politik und Interessenvermittlung vor neue Herausforderungen. Der Sammelband untersucht die Folgen dieser Prozesse für Staat, Verbände, Parteien, Soziale Bewegungen, NGOs und andere Akteure unter besonderer Berücksichtigung der Europäischen Union.

Bitte bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung
oder bei Nomos Telefon 07221/2104-37 | Fax -43
www.nomos.de | sabine.horn@nomos.de

